

Liebe Leserinnen und Leser,



seit dem letzten Newsletter im Mai hatte sich die Corona-Lage in Sachsen zunächst etwas entspannt, wir haben gelernt, besser mit den Risiken des Virus umzugehen. Aktuell steigen die Fallzahlen wieder deutlich. Die Folgen für unsere Gesellschaft sind weitreichend. Welche Maßnahmen der Landtag und die Staatsregierung in den letzten Monaten zur [Bewältigung der Corona-Pandemie](#) erfasst haben, ist auch in diesem Newsletter nachzulesen. Das anstehende Beratungsverfahren zum nächsten [Doppelhaushalt 2021/22](#) möchte ich kurz erläutern, weil

mich dazu bereits Fragen erreichen. Ich berichte von meinem Besuch im Flüchtlingslager Moria und darüber, wie wir GRÜNE die [Aufnahme besonders Schutzbedürftiger aus griechischen Flüchtlingslagern](#) weiter voranbringen wollen. Als Mitglied im [Landesjugendhilfeausschuss](#) und Vorsitzende im Unterausschuss 1 freue ich mich, dass die Überörtliche Jugendhilfeplanung für die Jahre 2021-2025 einstimmig beschlossen wurde. Welche Schwerpunkte wir BÜNDNISGRÜNEN in der [Familienpolitik](#) setzen wollen - trotz oder aufgrund von Corona - haben wir in einem kleinen Video zusammengefasst. Mit Hilfe eines [Gewaltschutz](#)-Antrags wollen wir Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt besser schützen. Im Plenum habe ich darüber gesprochen, wie wir mit dem Landesprogramm „[Weltoffenes Sachsen](#)“ die Demokratiewerkstatt verstetigen wollen und auch die Kinder- und Jugendbeteiligung vor Ort stärken. Die [Rente](#) und der [Öffentliche Gesundheitsdienst](#) waren weitere Themen im Plenum.

Wer mich in den sozialen Medien sucht, findet mich auf Facebook und Instagram. Hier berichte ich von Vor-Ort-Besuchen, über lange Sitzungstage oder lade Interessierte ein, mit mir online zu diskutieren.

Über Rückmeldungen freue ich mich. Jetzt viel Spaß beim Lesen!

- [Meine neue Homepage](#)
- [Aktuell und offiziell: Informationen rund um Corona](#)
- [Facebook](#)
- [Instagram](#)

Ihre/Eure

Kathleen Kuhfuß

Mitglied des Sächsischen Landtages

Bewältigung der Corona-Pandemie

Die Arbeit der Staatsregierung und insbesondere des Sozialministeriums ist weiterhin stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtages haben im Mai in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses über 730 Millionen Euro Unterstützung zur Bewältigung der Coronakrise entschieden. So konnten u.a. vier Millionen Euro für Menschen mit Behinderungen bereitgestellt werden, die in Werkstätten arbeiten und auch von den pandemiebedingten Schließungen betroffen sind. Des Weiteren helfen wir mit insgesamt 22,5 Millionen Euro den Studierenden, Studierendenwerken, sozialen Organisationen und Jugendübernachtungsstätten sowie anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung in freier Trägerschaft. Der Freistaat Sachsen stockt den finanziellen Bonus des Bundes für Pflegekräfte in Corona-Zeiten um bis zu 500 Euro auf. Sachsen hat, auch aufgrund der im bundesweiten Vergleich niedrigeren Fallzahlen, im Frühsommer zahlreiche Lockerungen bei den Verordnungen vorgenommen. Um einen größtmöglichen Überblick zu den aktuellen Fallzahlen zu erreichen, hat der Freistaat bis Ende September die Kosten für freiwillige Corona-Tests für Reiserückkehrer übernommen. Die sozialen Berufe werden durch die Option sich kostenfrei testen zu lassen, besonders unterstützt. Unser Ziel ist es, vor allem die Schulen und Kitas im Regelbetrieb zu halten und den Besuch bei Pflegeeinrichtungen unter den notwendigen Hygienevorschriften weiterhin zu ermöglichen. Am 12. Oktober fand im Landtag eine Anhörung zu einem Koalitionsantrag statt, der sich mit der Krisenbewältigung, dem Krisenmanagement und den Schlussfolgerungen zur Corona-Pandemie im Freistaat Sachsen auseinandersetzt. Über die aktuellen Entwicklungen informiere ich auch weiterhin auf meiner Homepage und meist tagesaktuell über die sozialen Medien.

- [Pressemitteilung zur aktuellen Lage und angepassten Corona-Regeln: Füreinander Verantwortung übernehmen - #FlattenTheCurve](#)
- [Bericht der Staatsregierung zum Koalitionsantrag: Krisenbewältigung und Krisenmanagement, Infektionsschutzmaßnahmen, Hilfen und Schlussfolgerungen zur Corona-Pandemie im Freistaat Sachsen, hier im Bereich der sozialen Infrastruktur](#)
- [Pressemitteilung zur Corona-Krisenbewältigung im Sozialbereich: Kinderschutz muss oberste Priorität haben](#)
- [Corona-Bewältigungsfonds: Wir lassen die Stützpfeiler unserer Gesellschaft nicht alleine](#)
- [Pressemitteilung: Bündnisgrüne begrüßen sächsische Beteiligung am Pflegebonus](#)
- [Pressemitteilung zum Kita Regelbetrieb: Wichtiger Schritt für das Kindeswohl und die pädagogische Arbeit](#)
- [Rede zum Kinderschutz: Antrag der AfD ist blanker Populismus](#)
- [Pressemitteilung zu Sexarbeit in Corona-Krise: BÜNDNISGRÜNE plädieren für Stärkung von Beratung statt Verbotsdiskussionen](#)

Doppelhaushalt 2021/22

Der Doppelhaushalt für 2021/22 wird unter schwierigen Voraussetzungen erarbeitet. Derzeit kennen wir die Entwürfe der einzelnen Staatsministerien nicht. Wir haben im Vorfeld der Anmeldungen zum Haushalt mit den Ministerien die Themen besprochen, die für uns als Fraktion wichtig sind. Unser Kompass ist dabei der verhandelte Koalitionsvertrag. In meinem Fokus stehen ganz klar die sozialen Themen. Wir haben in den letzten Monaten erlebt, wie wichtig unsere sozialen Systeme sind und, dass wir sie für ein gutes gemeinsames Leben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt brauchen. Das fängt in der Kinder- und Jugendarbeit an, geht weiter bei den Familienangeboten, den vielfältigen Beratungsangeboten, Nachbarschaftshilfen und der Unterstützung Ehrenamtlicher sowie die Integration und Demokratiebildung. Aber auch die Bedarfe im Bereich Pflege und Gesundheit, die Herausforderungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Innovationen, die jetzt anstehen brauchen ihre finanzielle Rahmung. Es ist unsere gesellschaftliche Verantwortung, hier mit richtig viel Kraft reinzugehen – und das tun wir. Die Details habe ich in einem Abgeordnetenbrief zusammengefasst:

- [Abgeordnetenbrief: Informationen zu den anstehenden Haushaltsberatungen 2021/22](#)

Aufnahme besonders Schutzbedürftiger aus griechischen Flüchtlingslagern

Die Themen Asyl, Abschiebung und Integration waren bereits in den Koalitionsverhandlungen die Bereiche, in denen GRÜNE und CDU am weitesten auseinanderlagen. Jede Formulierung, jede Zahl, jedes Komma in diesem Teil des Koalitionsvertrages ist Kompromiss zwischen fast unvereinbaren Positionen. Dass sich diese Positionen auch weiterhin durch die Koalition ziehen, wird gerade dann deutlich, wenn die aktuellen Geschehnisse und das Leid der Geflüchteten für uns GRÜNE die unabweisbare Pflicht bedeutet, zu helfen und bei der CDU in großen Teilen zu Abwehrreflexen führt. Auch wenn es auf den ersten Blick lächerlich erscheint, ist die Vereinbarung des Koalitionsvertrages, dass wir im Rahmen der Programme des Bundes mindestens 150 Menschen aus besonders gefährdeten Gruppen in Flüchtlingslagern außerhalb Europas aufnehmen, ein hart verhandelter Punkt. Allerdings sind wir bei dieser Vereinbarung des Koalitionsvertrages nicht stehengeblieben. Wir BÜNDNISGRÜNEN haben seit Frühjahr 2020 in der Koalition für eine weitere Aufnahme minderjähriger Geflüchteter von den griechischen Inseln gekämpft und erreicht, dass zusätzlich 70 minderjährige Geflüchtete aufgenommen werden.

Ich war im August vor Ort in Moria. Nach den schrecklichen Ereignissen Anfang September haben wir erneut das Gespräch mit unseren Koalitionspartner gesucht, um weiter über die Aufnahme weiterer Geflüchteter zu verhandeln und um damit den Druck auf den Bund aufrecht zu erhalten und zu erhöhen.

Die LINKE hat Mitte September im Sozialausschuss ihren bereits im April eingereichten Antrag zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland durch ein Landesaufnahmeprogramm zur Abstimmung gestellt. Wir teilen die Forderung, Geflüchtete aus Griechenland in Sachsen aufzunehmen. Die Entscheidung, dennoch gegen den Antrag zustimmen, hat unterschiedliche Gründe, über die viel diskutiert wurde. Leider scheitert ein Landesaufnahmeprogramm derzeit am Bund und ist ohne dessen Zustimmung nicht umsetzbar. Aktuell verweigert der Bund seine Zustimmung und blockiert Initiativen wie in Thüringen und Berlin. Indem wir als Freistaat deutlich machen, dass wir gemeinsam mit dem Bund Geflüchtete aus Griechenland aufnehmen können, erhöhen wir den Druck auf den Bund, seine Blockade aufzugeben und somit Kommunen und Ländern die Aufnahme nach ihren Kapazitäten zu ermöglichen.

- [Mein Reisebericht: Überleben in Moria](#)
- [Reisebericht meiner Fraktionskollegin Petra Čagalj Sejdi: Verdrängtes Elend - Eine Reise zu Geflüchteten in Bosnien](#)
- [Rede: Wir sind froh, um jeden Platz, der Menschenleben rettet](#)
- [Pressemitteilung zur Situation der Geflüchteten in Moria](#)

Landesjugendhilfeausschuss

Der Landesjugendhilfeausschuss tagte im September zum zweiten Mal. Dabei stand u.a. ein Beschlussvorschlag „Jugendhilfeplanung zu Aufgaben und Leistungen der überörtlichen Jugendverbände, Dachorganisationen und Fachstellen insbesondere im Bereich §§ 11-14 SGB VIII im Freistaat Sachsen 2021-2025“ auf der Tagesordnung. Als Vorsitzende des Unterausschuss 1 (Jugendhilfeplanung/Jugendarbeit/Jugendpolitik) konnte ich in den letzten Monaten aktiv daran mitarbeiten. Es freut mich, dass der Landesjugendhilfeausschuss die Vorlage einstimmig verabschiedet hat. Damit ist die inhaltliche Planung für die nächsten Jahre vereinbart. In der Sitzung haben außerdem alle Unterausschüsse ihre Planungsvorhaben eingereicht, d.h. die Themen für diese Legislatur sind im Großen und Ganzen miteinander vereinbart. Und es gab einen Austausch mit den Obersten Landesjugendbehörden zum Umgang mit der Corona-Krise. Ich empfand, das als einen gelungenen und konstruktiven Dialog zwischen den obersten Landesjugendbehörden (Sozial- und Kultusministerium sowie Landesjugendamt) und den gewählten Trägern. Die Vielfalt der Ausschussmitglieder brachte eine offene und multiperspektivische Diskussion mit sich. Konsens war dabei, dass in der ersten Phase der Corona-Pandemie alle ihr Bestes gegeben haben und zukünftig das Wohl von Kindern und Jugendlichen auch im Einzelfall mehr in den Fokus gerückt werden muss. Die Absicherung von annähernd gleichen Lebensbedingungen muss auch in Krisen gewährleistet werden.

- [Beschluss zur Überörtlichen Jugendhilfeplanung 2021-2025](#)

Familienpolitik

Die LAG Familienverbände in Sachsen hat zu einem Themenherbst eingeladen. Meine Kolleginnen Lucie Hammecke und Christin Melcher haben in einem Video unsere Vorhaben in der Familienpolitik erläutert und die Frage beantwortet: „Familie in 2020ern - Krise oder Aufbruch?“

- [Video \(Youtube\)](#)

Gewaltschutz

Im September-Plenum wurde ein Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD zur Verbesserung des Gewaltschutzes im Freistaat beschlossen. Er beinhaltet ein umfassendes Maßnahmenpaket zum besseren Schutz von Frauen, Kindern und Männern vor sexualisierter und häuslicher Gewalt. Der gemeinsame Antrag ist ein Arbeitsauftrag an die sächsische Regierung und ein Bekenntnis zur weiteren Umsetzung der Istanbul Konvention. Für uns BÜNDNISGRÜNE ist es von großer Bedeutung, dass Hilfestrukturen wie Frauenhäuser oder Beratungsangebote flächendeckend ausgebaut werden und schutzsuchende Frauen, Kinder und Männer einen Platz in einer Gewaltschutzeinrichtung finden. Hierfür haben wir uns bereits im Koalitionsvertrag auf eine Reihe von Maßnahmen geeinigt. Der Freistaat Sachsen ist verpflichtet, ausreichend Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen zu ergreifen, denn ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht, der Schutz von Frauen staatliche Verpflichtung.

- [Antrag: Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt besser schützen - Kapazitäten im Gewaltschutz bedarfsgerecht ausbauen](#)
- [Pressemitteilung: Kapazitäten im Gewaltschutz ausbauen - Der Schutz von Frauen ist staatliche Verpflichtung](#)
- [Rede im Landtag zum Gewaltschutz](#)

Weltoffenes Sachsen

Es ist uns BÜNDNISGRÜNEN ein Herzensanliegen, für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit einzutreten und gegen rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Tendenzen in unserer Gesellschaft anzukämpfen. In Bezug auf das Förderprogramm „Weltoffenes Tolerantes Sachsen“ heißt das: Erhalten, sichern und bei Bedarf ausbauen. Die Förderung über die Richtlinie „Weltoffenes Sachsen“ ist ein wichtiger Baustein und wichtig für die Strukturen vor Ort, indem hier langfristige Beratungsangebote gefördert werden oder Projekte unterstützt werden, welche sich damit beschäftigen, wie sich zum Beispiel die Kinder- und Jugendbeteiligung kommunal weiter entwickeln lässt und auch kleinen Projekten die Möglichkeit gibt, ihre Ansätze zu erproben und damit zur Vielfalt beizutragen. Das müssen wir erhalten. für mich steht der Beschluss von Meerane zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 2021/2022 dafür, dass wir keinesfalls hinter den Haushaltsansatz von 2019/2020 fallen dürfen und damit klar ist, dass die Mittel für Programme wie das „Weltoffene Sachsen“ erhalten bleiben und im Sinne einer

Entwicklung Spielraum für Neues ermöglicht werden muss. Es ist mir ein Herzensanliegen, dass die Projekte ihre wichtige Arbeit fortführen können und auch die mehrjährige Förderung erhalten bleibt. Es wird ein schwieriges Haushaltsverfahren werden, das steht außer Frage. Die Förderung der Projekte darf dabei bis April nächsten Jahres keinen Abbruch erleiden. Ich danke der LINKEN dafür das wichtige Thema im September-Plenum schon einmal gesetzt zu haben.

- [Rede: Weltoffenes Sachsen – Kuhfuß: Demokratiearbeit verstetigen!](#)

Rente

Die LINKE möchte den Rentenwert Ost auf Westniveau anheben, OHNE die sogenannte Höherwertung von Arbeitseinkommen, von der nur Ostdeutsche profitieren, abzuschaffen. Damit würde eine Ungleichbehandlung 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen bleiben, diesmal einseitig zu Gunsten der Ostdeutschen. Das wäre wiederum von allen, auch von Westdeutschen - die davon nicht profitieren - zu finanzieren. Daher lehnen wir die Forderung ab. Mir ist es wichtig, bei dem Blick auf die Rentenpolitik nicht nur den Blick zurück, sondern auch nach vorn zu richten. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten von ihrer Rente gut leben können. Das heißt, es ist wichtig, auch kleine Einkommen und unregelmäßige Erwerbsbiografien abzubilden. Deshalb haben wir das Konzept einer Garantierente entwickelt. Von einer steuerfinanzierten Garantierente profitieren insbesondere Frauen, die nach wie vor durch die Elternzeiten mehr Brüche oder Einschränkungen (z. B. Teilzeitarbeit) in der Erwerbsbiographie haben als Männer. Nach unseren Vorstellungen sollen bereits 30 Versicherungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung ausreichen, um anspruchsberechtigt zu sein. Und beim grünen Garantierentenkonzept werden neben den Jahren, in denen in die Rentenkasse eingezahlt wurde, auch Versicherungszeiten ohne Beitragszahlung, wie bei der Kindererziehung oder Pflege, Schwangerschaft, Mutterschutz, Arbeitslosigkeit mit und ohne Beitragszahlung und Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit berücksichtigt. Wir sind überzeugt, Deutschland braucht eine Angleichung der Rente im Großen und Korrekturen im Kleinen. Darüber hinaus brauchen auch alle Bürgerinnen eine armutsfeste Rente. Unsere Ansätze, dieses Ziel zu erreichen, sind verschieden.

- [Rede zum Rentensystem: Wenn schon anpassen, dann auch wirklich einheitlich](#)

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Die LINKE setzte die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes im Juli-Plenum auf die Tagesordnung. Das Coronavirus zeigt uns einmal mehr, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst eine wichtige, tragende Säule der Gesundheitsversorgung ist. Hier werden aktuell Risikobewertungen vorgenommen, Hygienekonzepte zum Infektionsschutz geprüft und Infektionsketten nachverfolgt. Die Fachkräfte der kommunalen Gesundheitsbehörden haben in den letzten Monaten großartiges geleistet. Dafür möchte auch ich mich einmal mehr bedanken. Neben der Corona-

Krisenbewältigung gibt es weitere kontinuierliche Aufgaben, die nicht aus dem Blick geraten dürfen - wie die Vorschuluntersuchung, Sexual- und Aidsberatung, Reisemedizin, Impfschutz und Suchtberatung. Der öffentliche Gesundheitsdienst wurde in den letzten Jahren deutschlandweit heruntergespart, so auch in Sachsen. Das haben auch wir BÜNDNISGRÜNE immer wieder kritisiert. Es ist notwendig zu überlegen, welche Unterstützung die Kommunen von Seiten des Landes jetzt brauchen und welche darüber hinaus von Bund notwendig sind. Es kommt Bewegung in diese Debatte und das ist gut so.

- [Rede zum Öffentlichen Gesundheitsdienst: Antrag ist mit heißer Nadel gestrickt](#)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Kathleen Kuhfuß
Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik, Familien- und Sozialpolitische Sprecherin,
Gesundheits- und Pflegepolitische Sprecherin, Sprecherin für Seniorinnen und
Senioren, Demokratieförderung
Telefon: 0351 / 493 48 48
kathleen.kuhfuss@slt.sachsen.de
www.kathleen-kuhfuss.de

V.i.S.d.P.: Kathleen Kuhfuß
Abonnement und Abbestellung des Newsletters
unter: tina.siebeneicher@slt.sachsen.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz, Tierschutz
Telefon: 0351 / 493 48 26
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de